

Brüssel Aktuell 22/2015

29. Mai bis 5. Juni 2015

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

TTIP: Federführender Ausschuss stimmt Initiativbericht zu

Der Ausschuss für Internationalen Handel (INTA) stimmte am 28. Mai mit 38 zu 13 Stimmen für einen [Berichtsentwurf](#) mit Empfehlungen zu den Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP, zuletzt Brüssel Aktuell 19/2015). Damit sprachen sich die EU-Abgeordneten für ein Abkommen mit den USA aus. Allerdings betonten sie, dass die Daseinsvorsorge – insbesondere die Wasser- und Gesundheitsdienstleistungen – nicht von TTIP erfasst sein darf. Im Hinblick auf den umstrittenen Investorenschutz sprachen sie sich mittelfristig für einen Internationalen Investitionsgerichtshof aus.

Juncker-Fonds: Trilog endet mit Kompromiss

Am 28. Mai einigten sich Vertreter des Europäischen Parlaments, des Rats der EU und der EU-Kommission im Trilog-Verfahren auf einen [Kompromisstext](#) für eine Verordnung über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen ([EFSI](#), sog. Juncker-Fonds). Dieser soll in den nächsten drei Jahren Investitionen in Europa von über 315 Mrd. € anschieben (zuletzt Brüssel Aktuell 16/2015).

Europäisches Semester: Länderspezifische Empfehlungen der Kommission

Im Rahmen des [Europäischen Semesters](#) zur haushalts- und wirtschaftspolitischen Koordinierung legte die EU-Kommission am 13. Mai Empfehlungen vor. In diesen wird aufgezeigt, was sich in den Jahren 2015 und 2016 in den Mitgliedstaaten jeweils zugunsten von mehr Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit ändern sollte. Sie wurden auf der Grundlage von Analysen und Orientierungshilfen vom 26. Februar entwickelt (vgl. Brüssel Aktuell 9/2015). Die [Empfehlungen](#) für Deutschland betreffen u. a. die Steuereinnahmen und Investitionen der Kommunen. Ferner sind sie für Kommunen in ihrer Arbeitgebereigenschaft von Interesse.

Lokale Infrastrukturen: CEEP fordert mehr Investitionen

Am 20. und 21. Mai veranstaltete das Zentrum von Arbeitgebern und Unternehmen für öffentliche Dienste („European Centre of Employers and Enterprises providing Public Services“, [CEEP](#)) eine Konferenz in Brüssel. Hauptthemen waren Investitionen in öffentliche Dienste, wie soziale und digitale Infrastrukturen. In der Diskussion über Investitionen in Verkehrsinfrastrukturen betonten die Teilnehmer, dass in Deutschland, wie auch in den meisten Mitgliedstaaten, ein Investitionsrückstand bestehe, den es aufzuholen gelte.

Umwelt, Energie und Verkehr

WEEE-Richtlinie: EU-Kommission erhebt Klage wegen Nichtumsetzung

Die EU-Kommission fasste am 28. Mai mehrere neue Beschlüsse zu neuen bzw. laufenden Vertragsverletzungsverfahren. Neben Fällen, die nicht weiter verfolgt werden, verschickte sie 27 mit Gründen versehene Stellungnahmen und reichte vier Klagen beim Europäischen Gerichtshof ein. Eine davon richtet sich gegen Deutschland wegen Nichtumsetzung der Richtlinie [2012/19/EU](#) über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (sog. WEEE-Richtlinie, zuletzt Brüssel Aktuell 35/2014).

Erneuerbare Energien: EU-Kommission genehmigt Gesetzesänderung

Am 27. Mai entschied die EU-Kommission, dass die geplanten Änderungen der Bundesregierung am Erneuerbaren-Energie-Gesetz (EEG) 2014 mit dem EU-Recht vereinbar sind. Die Genehmigung der ursprünglichen Fassung erfolgte bereits im Juli 2014 (siehe Brüssel Aktuell 30/2014).

EU-Badegewässerreport: Hohe Qualität in Deutschland

Am 20. Mai veröffentlichte die EU-Kommission gemeinsam mit der Europäischen Umweltagentur den jährlich erscheinenden [Badegewässerbericht](#) (vgl. Brüssel Aktuell 22/2014) für das Jahr 2014. Inhalt des Berichtes ist ein Überblick über die Qualität von über 21.000 Küsten- und Binnengewässern der EU-Mitgliedstaaten, der Schweiz und Albaniens für die diesjährige Badesaison, gemäß der Richtlinie [2006/7/EG](#) über die „Qualität der Badegewässer und deren Bewirtschaftung“.

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Urbane Dimension: EU-Strategie nimmt weitere Formen an

Am 2. Juni fand die zweite europäische Konferenz „[CITIES Forum](#) 2015 – An Urban Agenda for Europe“ statt. Zugleich präsentierte die EU-Kommission erste [Konsultationsergebnisse](#), in denen die Urbane Agenda der EU weiter Form annimmt. Die Diskussion wird nächste Woche mit der „Riga-Erklärung“ auf Ratsebene sowie Mitte Juni 2015 in einer Parlamentsabstimmung fortgesetzt. Mit einem Kommissionsvorschlag ist im Frühjahr 2016 zu rechnen. Zudem enthüllte die EU-Kommission weitere Details zu den Fördermöglichkeiten im Rahmen der sog. „[Innovativen Maßnahmen](#)“. Der erste Aufruf, der sich explizit an Kommunen richtet, soll Ende des Jahres veröffentlicht werden.

Milch- und seltene Fleischprodukte: Zusätzliche Herkunftsangaben unverhältnismäßig

Am 20. Mai veröffentlichte die EU-Kommission zwei Berichte zu zusätzlichen Herkunftsangaben für bestimmte Lebensmittel. Derzeit sind in der EU nur Herkunftsangaben von Rind-, Schweine-, Schaf-, Ziegen- und Geflügelfleisch verpflichtend.

Soziales, Bildung und Kultur

Migration: Kommission legt Maßnahmenpaket vor und startet Konsultation

Am 27. Mai strengte die EU-Kommission erste Schritte zur Umsetzung der [Mitteilung](#) „Eine europäische Migrationsagenda“ an (siehe Brüssel Aktuell 19/2015). Zu ihrem Maßnahmenpaket zählen u. a. ein [Vorschlag](#) „für einen Beschluss des Rates über vorläufige Umsiedlungsmaßnahmen zugunsten von Italien und Griechenland“ sowie eine [Empfehlung](#) für ein europäisches Neuansiedlungssystem. Außerdem startete sie eine öffentliche [Konsultation](#) „zur Blauen Karte EU und zur Arbeitsmigrationspolitik der EU“.

Schulobst, -gemüse und -milch: Parlament positioniert sich für Trilog

Am 27. Mai nahm das Plenum des Europäischen Parlaments einen [Beschluss](#) zur Aufnahme von interinstitutionellen Verhandlungen über die Beihilferegelung für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen und zur Erteilung des entsprechenden Mandats an (siehe den [Berichtsentwurf](#) des AGRI-Ausschusses sowie Brüssel Aktuell 12/2015).

Bewährte Praktiken für Beschäftigung: Anregungen für künftige Projekte

Am 18. Mai veröffentlichte die Generaldirektion Beschäftigung der EU-Kommission einen [Bericht](#), in dem Projektbeispiele aus der ganzen EU vorgestellt werden, die soziale Arbeit auf kommunaler Ebene vorbildlich praktizieren und im Rahmen des EU-Förderprogramms Progress (2011-2012) gefördert wurden. Die meisten Projekte haben die Vermittlung von Arbeitsplätzen zum Thema.

Gesundheitsbereich: Effektivere Nutzung von ESIF

Die EU-Kommission startete im Mai eine neue Online-Plattform, auf der Informationen zur effektiveren Nutzung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) im Gesundheitsbereich zu finden sind.

Kultur-und Kreativwirtschaft: Rat verabschiedet Schlussfolgerungen

Am 19. Mai [verabschiedete](#) der Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport Schlussfolgerungen (siehe vorläufige [Fassung](#)) bezüglich der Kultur-und Kreativwirtschaft. Ziel ist es, Innovation und wirtschaftliche Nachhaltigkeit, sowie sozialen Zusammenhalt zu verbessern (vgl. Brüssel Aktuell 24/2013).

Institutionelles, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Lissabon-Vertrag: Anhörung im Verfassungsausschuss des Europäischen Parlaments

Am 26. Mai veranstaltete der Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments (AFCO) eine öffentliche Anhörung mit einer Reihe von Experten über die „institutionelle Zukunft der Europäischen Union im und nach dem Vertrag von Lissabon“. Einerseits standen Einzelthemen auf der Tagesordnung, so die wirtschaftliche Governance der EU sowie die Außen-, Innen- und Rechtspolitik. In einem zweiten Teil ging es ums Grundsätzliche: Demokratie, Verantwortlichkeit und institutionelle Fragen.

Europäisches Parlament: Plenarsitzungen 2016 festgelegt

Die Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments billigte im Mai die folgenden Termine für die Straßburger [Plenartagungen](#) im Jahr 2016: 18. bis 21. Januar, 1. bis 4. Februar, 7. bis 10. März, 11. bis 14. April, 9. bis 12. Mai, 6. bis 9. Juni, 4. bis 7. Juli, 12. bis 15. September, 3. bis 6. Oktober, 24. bis 27. Oktober, 21. bis 24. November sowie 12. bis 15. Dezember.

Förderprogramme

Entwicklung des ländlichen Raums: Kommission genehmigt MEPL III

Am 26. Mai hat die EU-Kommission – neben 23 weiteren Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums von EU-Mitgliedstaaten und Regionen – den Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum Baden-Württemberg 2014-2020 ([MEPL III](#)) offiziell genehmigt (vgl. Brüssel Aktuell 7/2015). Für die darin enthaltenen 16 Förderprogramme – u. a. LEADER – stehen bis 2020 aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 710 Mio. € zur Verfügung. Diese werden durch Kofinanzierung mit Landes- und Bundesmitteln auf rund 1,87 Mrd. € aufgestockt.

EU-Fördermittel: Neue Veröffentlichung der EU-Kommission

Die EU-Kommission präsentierte am 29. Mai einen [Leitfaden](#) für EU-Förderungen zur derzeitigen Förderperiode 2014-2020. Dieser richtet sich an verschiedene Zielgruppen: kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Nichtregierungsorganisationen (NRO), junge Menschen, Forscher, Landwirte, [öffentliche Einrichtungen](#) und weitere Akteure.

In eigener Sache

Europabüro der sächsischen Kommunen: neue Leiterin

Sehr geehrte Leserinnen und Leser von Brüssel Aktuell, das Team der Bürogemeinschaft ist mit Claudia Mühlberg als neuer Leiterin des Europabüros der sächsischen Kommunen seit dem 1. Juni wieder vollständig.

Von Frau Mühlberg verfasste Brüssel Aktuell-Beiträge sind mit dem Kürzel „CM“ gezeichnet. Die Bürogemeinschaft freut sich auf die fachlich wertvolle Zusammenarbeit.